

Dresden, 23. Oktober 2009

**Kurzinformation über wichtige Ereignisse und
Aktivitäten extremistischer Organisationen
im Monat September 2009**



Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Inhaltsübersicht

1. Rechtsextremismus**1.1 Ereignisse mit rechtsextremistischem Hintergrund**

Beteiligung von Rechtsextremisten an der Bundestagswahl am 27. September 2009... 3

Zwischenstand rechtsextremistische Konzerte 2009 5

1.2 Herausragende Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund 6**2. Linksextremismus****2.1 Ereignisse mit linksextremistischem Hintergrund**

Beteiligung von Linksextremisten an der Bundestagswahl am 27. September 2009 7

2.2 Herausragende Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund 7**3. Ausländerextremismus****3.1 Islamismus/Islamistischer Terrorismus**

Gefährdungslage im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen 2009 8

3.2 Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Kurden – „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und Nachfolgeorganisationen

17. Internationales kurdisches Kulturfestival am 12. September 2009 in

Gelsenkirchen 9

1. Rechtsextremismus

1.1 Ereignisse mit rechtsextremistischem Hintergrund

Beteiligung von Rechtsextremisten an der Bundestagswahl am 27. September 2009

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)

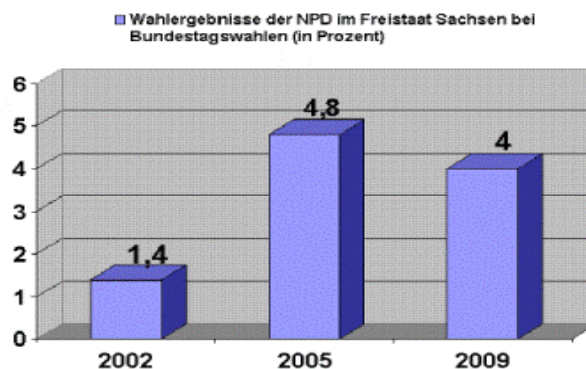
Nach dem Ergebnis der Bundestagswahl erreichte die NPD bundesweit 1,5 % der Zweitstimmen.

Die DVU, die sich nach der Aufkündigung des so genannten Deutschlandpaktes durch die NPD kurzfristig zur Teilnahme an der Bundestagswahl entschlossen hatte, erzielte bundesweit ein Wahlergebnis von 0,1 % der Zweitstimmen.

Gegenüber der Bundestagswahl 2005 (1,6 %) verschlechterte sich das Wahlergebnis der NPD um 0,1 Prozentpunkte. In nahezu allen Bundesländern musste die Partei Stimmenverluste hinnehmen. Ihr Wahlziel, den Einzug in den Deutschen Bundestag zu schaffen, hat die NPD deutlich verfehlt. Die Partei erreichte allenfalls ihr Minimalziel. So erhielt die NPD mehr als 0,5 % der Zweitstimmen, wodurch sie finanzielle Mittel aus der Wahlkampfkostenerstattung erhält. Direktmandate konnte NPD nicht erzielen.

Die DVU war zur Bundestagswahl 2005 nicht angetreten. Mit ihrem aktuellen Wahlergebnis von 0,1 % der Zweitstimmen wird sie nicht von der Wahlkampfkostenerstattung partizipieren können.

Im Freistaat Sachsen kandidierte im rechtsextremistischen Spektrum lediglich die NPD. Sie erzielte hier mit 89.611 Stimmen insgesamt 4,0 % der Zweitstimmen. Gegenüber der Bundestagswahl 2005 (4,8 %) verringerte sich ihr Wahlergebnis damit um 0,8 Prozentpunkte.



Besonders hohe Wahlergebnisse errang die NPD in Lampertswalde (Landkreis Meißen) mit 13,0 %, in Reinhardtsdorf-Schöna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) mit 12,9 % und in Weißig a. Raschütz (Landkreis Meißen) mit 12,5 % der Stimmen.

Das höchste Erststimmenergebnis der NPD erzielte Dr. Olaf ROSE mit 5,8 % der Stimmen im Wahlkreis 159 (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge).

Im bundesweiten Vergleich erreichte der sächsische Landesverband der NPD mit 4,0 % der Stimmen, trotz Stimmenverlusten, das höchste Wahlergebnis; gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 3,3 % und Thüringen mit 3,2 % der Stimmen.

Die DVU hatte lediglich für 12 der 16 Bundesländer Landeslisten zur Bundestagswahl aufgestellt. Im Freistaat Sachsen kandidierte sie nicht.

Zeitgleich mit der Bundestagswahl fanden in mehreren Bundesländern Landtagswahlen statt. In Brandenburg scheiterte die DVU mit 1,1 % der Zweitstimmen sehr deutlich an ihrem Wiedereinzug in den dortigen Landtag. Auch die NPD erreichte bei der Landtagswahl in Brandenburg lediglich 2,6 % der Zweitstimmen.

Wahlkampf

Zur Bundestagswahl am 27. September 2009 trat die sächsische NPD mit einer sechs Personen umfassenden Landesliste an. Spitzenkandidat war der NPD-Funktionär Dr. Olaf ROSE. Darüber hinaus hatte die NPD für alle 16 sächsischen Wahlkreise eigene Direktkandidaten nominiert.

Der Wahlkampf der sächsischen NPD im Vorfeld der Bundestagswahl war im Vergleich zum Landtagswahlkampf der Partei deutlich verhaltener. Nennenswerte Wahlkampfaktivitäten hat die sächsische NPD nicht entfaltet. Offenbar hat die Partei vor allem auf die noch aus dem Landtagswahlkampf vorhandene Plakatierung gesetzt. Vereinzelt wurde durch die NPD nachplakatiert. Darüber hinaus verteilte die Partei eine bundesweit einheitliche Wahlkampfzeitung mit dem Titel „Jetzt reicht´s!“.

Wie bereits in den zurückliegenden Wahlkämpfen dieses Jahres offenbarte die NPD mit ihren Wahlkampflosungen deutlich ihre fremdenfeindlichen Ziele.

Ausdruck dessen war insbesondere die erneut von der NPD im Landkreis Görlitz plakatierte Forderung „Polen-Invasion stoppen!“. Das Landratsamt Görlitz hat wegen des Verdachts der Volksverhetzung das Entfernen dieser Plakate angeordnet. Bei der Staatsanwaltschaft Görlitz ist zudem ein Ermittlungsverfahren anhängig.

Im Landkreis Görlitz versuchte die NPD wiederholt, ihre Anhängerschaft durch Saalveranstaltungen mit Auftritten rechtsextremistischer Liedermacher und Bands zu mobilisieren. Wie bereits bei einer entsprechenden Veranstaltung am 2. Mai 2009 hatte die Polizei auch bei einer NPD-Veranstaltung am 12. September 2009 in Rothenburg, Ortsteil Geheege Straftaten festgestellt. Die Durchführung einer weiteren NPD-Veranstaltung am 19. September 2009 hatte die Polizei wegen zu erwartender Straftaten verhindert.

Bewertung

Die Wahlkampfaktivitäten wie auch das Bundestagswahlergebnis spiegeln das eher geringe Interesse der sächsischen NPD für diese Wahl sehr deutlich wider. Ihr primäres Ziel war der Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag bei den Landtagswahlen am 30. August 2009. Dieses Ziel hatte die NPD erreicht.

Die Erwartungen der Partei hinsichtlich ihres Bundestagswahlergebnisses dürften – auch angesichts des äußerst knappen Wiedereinzuges der NPD in den Sächsischen Landtag – von vornherein zurückhaltend gewesen sein. Dementsprechend hat die sächsische NPD ihre Wahlkampfaktivitäten zur Bundestagswahl mit deutlich geringerem Aufwand und Engagement geführt.

Obwohl die Partei im Freistaat Sachsen ihr bundesweit höchstes Ergebnis erzielte, so musste sie dennoch hier die größten Stimmenverluste hinnehmen.

Das Wahlergebnis der NPD zur Bundestagswahl zeigt aber auch, dass die Partei im Freistaat Sachsen derzeit über ein stetiges Wählerpotenzial von mindestens 4 % verfügt.

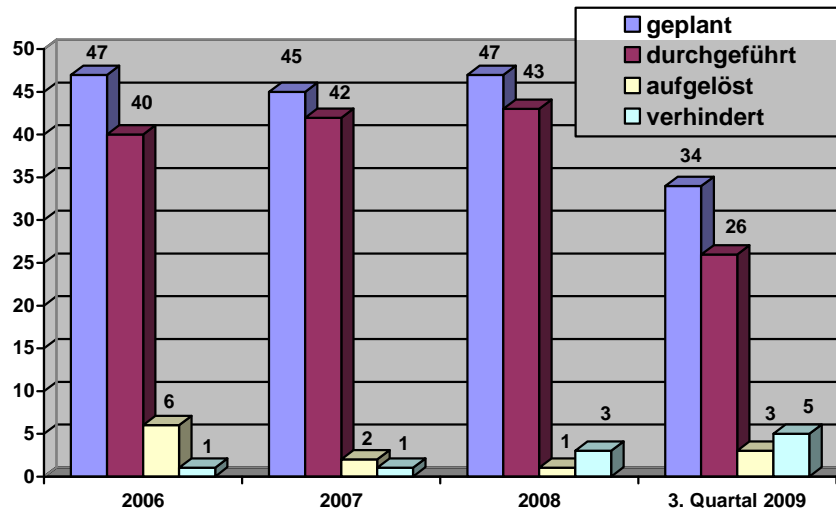
Wie bereits zur Landtagwahl im Freistaat Sachsen musste die NPD auch zur Bundestagswahl deutliche Stimmenverluste hinnehmen. Trotz höherer Wahlbeteiligung verlor sie im Vergleich zur Landtagwahl am 30. August 2009 über 10.000 Wählerstimmen. Gegenüber der Bundestagswahl 2005 verlor die NPD im Freistaat Sachsen sogar über 37.000 Wählerstimmen.

Das bundesweite Wahlergebnis der DVU zur Bundestagswahl signalisiert die geringe Bedeutung dieser Partei. Das Scheitern der Partei an der für die Wahlkampfkostenerstattung wesentlichen 0,5 %-Grenze dürfte den Abwärtstrend der DVU weiter beschleunigen.

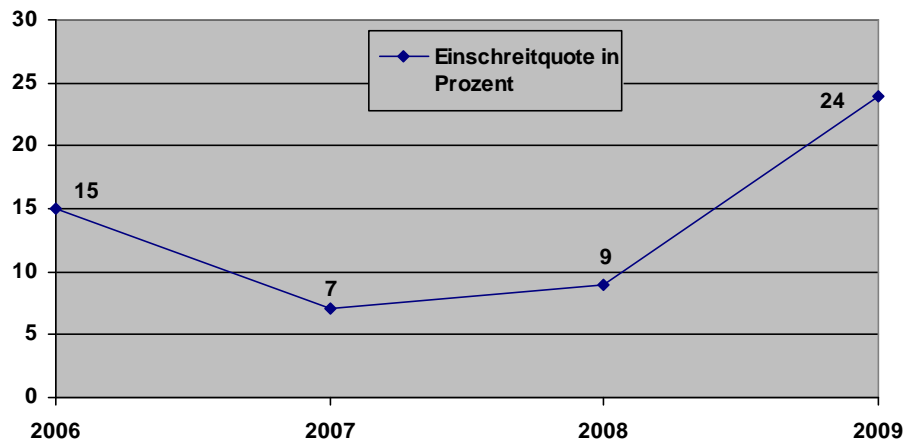
Zwischenstand rechtsextremistische Konzerte 2009

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 registrierte das LfV Sachsen 34 geplante rechtsextremistische Konzerte im Freistaat Sachsen, von denen 26 Veranstaltungen durchgeführt wurden. Die Polizei löste drei Konzerte vorzeitig auf und verhinderte fünf weitere Veranstaltungen vor Beginn. Die Einschreitquote beträgt aktuell rund 24 % und ist im Vergleich zu den Vorjahren deutlich angestiegen.

Rechtsextremistische Konzerte in Sachsen im Vergleich der Jahre 2006 bis 2009



Einschreitquote in Sachsen 2006 bis 2009



Die Einschreitquote bezieht sich auf die Gesamtzahl der geplanten Konzerte (hier sind auch die Veranstaltungen enthalten, die erst nach der Durchführung bekannt wurden).

Bewertung

Die Konzertaktivitäten der sächsischen rechtsextremistischen Musik-Szene haben im Vergleich zu den Vorjahren nicht nachgelassen. Mit 34 geplanten Konzerten in den ersten neun Monaten 2009 werden in etwa die Werte der Vorjahre zum Vergleichszeitpunkt erreicht (2006 und 2008 waren es in den ersten drei Quartalen 36 geplante Konzerte, 2007 ebenfalls 34 geplante Veranstaltungen).

Es könnte allerdings erstmals seit 2006 wieder zu einem deutlichen Rückgang der durchgeführten rechtsextremistischen Konzerte kommen. Insbesondere die fünf verhinderten Konzerte haben die rechtsextremistische Szene zeitweilig deutlich verunsichert.

1.2 Herausragende Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Am Abend des 10.09.2009 kam es in Roßwein (Landkreis Mittelsachsen) zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen mutmaßlichen Angehörigen der rechtsextremistischen Szene und einer Gruppe Jugendlicher, die sich in einem Döner-Bistro aufhielt. Beim Betreten des Bistros wurden rechtsextremistische und ausländerfeindliche Parolen gerufen. Nach dem Eintreffen der Polizei leisteten einige Tatverdächtige der rechtsorientierten Gruppe aktiven Widerstand. Polizeiangaben zufolge dauern die Ermittlungen zum Vorfall noch an.

Am Abend des 25.09.2009 wurde in Stolpen (Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge) eine private Geburtstagsfeier durch eine Gruppe aus ca. 30 Personen gestört. Diese bedrohten die ca. 15 Feiernenden mit den Worten: „Wir werden euch verprügeln, euch Kommunistenschweine schlagen wir tot!“. Von den, -bis jetzt ermittelten- 13 Tatverdächtigen, ist einer dem LfV Sachsen bereits aus rechtsextremistischen Zusammenhängen bekannt.

2. Linksextremismus

2.1 Ereignisse mit linksextremistischem Hintergrund

Beteiligung von Linksextremisten an der Bundestagswahl am 27. September 2009

MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)

Als einzige linksextremistische Partei trat im Freistaat Sachsen die MLPD zur Bundestagswahl am 27. September 2009 mit einer Landesliste an. Die Liste umfasste acht Kandidaten. Die für den Einzug in den Bundestag erforderlichen 5 % hat die MLPD erwartungsgemäß deutlich verfehlt. So erhielt sie bundesweit 29.551 Stimmen (0,1 %), im Freistaat Sachsen bekam sie 5.278 Stimmen (0,2 %). Das Ergebnis zeigt, dass die Partei im politischen Spektrum als bedeutungslos anzusehen ist.

2.2 Herausragende Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

Sachbeschädigung am 9. September 2009 in Dresden

Einer Polizeimeldung zufolge wurde durch unbekannte Täter das Kfz eines Rechtsextremisten in Brand gesetzt. Bei einem weiteren Rechtsextremisten wurden alle vier Reifen an seinem Pkw zerstoßen sowie die Zulassungsplaketten zerkratzt.

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte am 10. September 2009 in Roßwein

Wie einer Polizeimeldung zu entnehmen ist, kam es zwischen zwei rechts- und linksorientierten Personengruppen, insgesamt ca. 15 Personen, zu einer Auseinandersetzung. Als Polizeibeamte eingriffen, kam es zu weiteren körperlichen Angriffen und dem Einsatz von Reizgas. Einige Jugendliche leisteten aktiven Widerstand gegen die Polizeibeamten.

Körperverletzung am 25. September 2009 in Torgau

Einer Polizeimeldung zufolge betrieb die NPD anlässlich der Bundestagswahl einen Informationsstand. Dieser wurde durch ca. 10 Personen, die schwarz gekleidet waren und zum Teil schwarze Sonnenbrillen trugen, angegriffen. Dabei wurde einer der Betreiber des Informationsstandes leicht verletzt.

3. Ausländerextremismus

3.1 Islamismus/ Islamistischer Terrorismus

Gefährdungslage im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen 2009

Seit dem 18. September 2009 wurde im Internet eine Vielzahl von Drohbotschaften veröffentlicht, die sich explizit gegen Deutschland richteten. Den Anfang machte das von „al-Qaida“ produzierte Video „Sicherheit - ein geteiltes Schicksal“, in welchem der deutsch-marokkanische „al-Qaida“-Anhänger Bekkay HARRACH als Sprecher auftritt. Die Form des Videos stellt ein Novum dar, da es direkt an die deutsche Zivilbevölkerung gerichtet ist.

In der Folge erschienen zwei weitere Veröffentlichungen („Oh Allah, ich liebe dich!“ Teile I und II), in denen HARRACH ebenfalls als Sprecher auftritt. Hierbei handelt es sich um Rekrutierungsvideos, die sich offenkundig an muslimische Bevölkerungsgruppen und hier insbesondere an wankelmütige, zu beeinflussende und für den Jihad zu gewinnende Jugendliche richten.

Außerdem wurden „al-Qaida“-Botschaften mit Deutschland-Bezug vom Vertreter BIN LADENS, AL-ZAWAHIRI, und anschließend von ihm selbst veröffentlicht.

Ein weiteres gegen Deutschland gerichtetes Drohvideo trägt den Titel „Der Ruf zur Wahrheit“ und wurde offenbar von den afghanischen Taliban produziert. Der Sprecher, welcher sich Ayyub ALMANI nennt, fällt durch besonders aggressive und Gewalt verherrlichende Aussagen auf.

Allen Botschaften gemein ist die Forderung nach einem sofortigen Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan. Mit dieser Propaganda-Offensive sollte offenbar Einfluss auf den Ausgang der Bundestagswahlen genommen werden.

Am 3. Oktober 2009 wurde in dem arabischsprachigen jihadistischen Internetforum „al-Faloja“ eine weitere Drohung gegen Deutschland eingestellt. Darin heißt es, dass der Anschlag an einem Sonntag im Oktober stattfinden werde. Der mögliche Zielort wird verschleiert: „Wird denn nun Berlin das gleiche Schicksal ereilen wie New York oder werden andere Städte wie Bonn, Frankfurt oder Hamburg die Ehre haben? Oder passiert es in einer anderen Stadt?“

Ferner wurde ebenfalls am 3. Oktober ein neues Propagandavideo der „Islamischen Bewegung Usbekistans“ – (IBU) veröffentlicht, in dem u. a. eine offenbar deutsche Kolonie mutmaßlicher Terroristen gezeigt wird. Hauptsächlich sind Kampfscenen im pakistanischen Grenzgebiet zu sehen. Auch kleine Kinder wurden beim Umgang mit Schusswaffen gefilmt.

Bewertung

Die Hinweise auf mögliche Anschlagplanungen der „al-Qaida“ in Verbindung mit der Bundestagswahl konnten bislang nicht konkretisiert werden. Gleichwohl ist weiterhin von einer hohen abstrakten Gefährdung durch Anschläge islamistischer Terroristen auszugehen.

3.2 Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Kurden – „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und Nachfolgeorganisationen

17. „Internationales kurdisches Kulturfestival“

Am 12. September 2009 fand in Gelsenkirchen das 17. „Internationale kurdische Kulturfestival“ statt. Daran beteiligten sich mehrere zehntausend Personen. Die von der „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM) organisierte Veranstaltung stand - wie bereits in den Vorjahren - unter dem Motto „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“. Das Programm bestand aus politischen Reden, die von kulturellen Beiträgen umrahmt wurden. Höhepunkt des Festes war die live aus einem Guerillacamp im Nordirak übertragene Videobotschaft des Vorsitzenden des Exekutivrates des „Koma Civakên Kurdistan“¹ (KCK).

¹ „Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans“. Der KCK ist vom Betätigungsverbot für die PKK in der Bundesrepublik Deutschland mitbetroffen.